

Nicht alle Kinder haben Anspruch auf die Leistungen

Runder Tisch der Grünen im Reutlinger Rathaus zum Bildungs- und Teilhabepaket: Es hapert bei Lernförderung, Sport und musischer Erziehung

Mit einem Runden Tisch im Rathaus nahmen die Grünen am Montagabend die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets der Bundesregierung in Stadt und Kreis Reutlingen unter die Lupe.

Matthias Reichert

Kreis Reutlingen. 54,4 Prozent der 6122 antragsberechtigten Kinder und Jugendlichen haben im Kreis Reutlingen zumindest einen Antrag auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket gestellt. Diese Gesamtquote verkündete die Grünen-Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke am Anfang. Doch „die Quote passt nicht“, wie Kreis-Sozialdezernent Andreas Bauer auf TAGBLATT-Nachfrage erklärte. Denn ein großer Teil der Kinder habe gar keinen Anspruch auf die Leistungen. So bekommen 4000 Kinder Hartz-IV. Gut die Hälfte davon geht nicht mehr in die Schule oder noch in den Kindergarten, viele können deshalb gar nichts beantragen.

2075 Eltern bekommen für ihre Kinder Wohngeld oder Kinderzuschlag. Hiervon haben nur 640 Schulbedarf beantragt. „Da kann man sicher den einen oder anderen noch erreichen“, so Bauer; der Kreis werbe intensiv für die Leistungen. Für Schulbedarf liegen 2700 Anträge vor, erklärte Bauer am Runden Tisch. Alle Schüler, die Hartz IV bekommen, kriegen den Schulbedarf automatisch vom Amt bewilligt. Doch bei der Lernförderung „könnte die Inanspruchnahme besser sein“.

Hartz-IV-Empfänger stellen die Anträge beim Jobcenter, Wohngeldberechtigte können auf jedes Rathaus gehen. „Der Verwaltungsaufwand ist enorm. Wir haben vier Wochen lang nichts gemacht, als Bildungspaket-Anträge bearbeitet“, sagte Thomas Franz vom Reutlinger Jobcenter. Die Schülerbeförderung wurde 2011 noch nicht bezuschusst, zum Jahreswechsel seien nun viele Anträge aufgelaufen.

Es gab Lob von allen Seiten für die Sachleistungen mit dem Reutlinger Gutscheineheft. Denn Geldzahlungen kämen nicht bei den Kindern an, so Wannweils Bürgermeisterin Anette Rösch. Das Problem sei aber, Menschen mit Migrationshintergrund anzusprechen. „Manchmal hapert es mit dem Verständnis, dass man so etwas bekommen kann“, sagte Rösch. „Wir brauchen starke Partner in den Schulen und Vereinen, gerade für Eltern mit Sprachproblemen“, so Dusan Vesenjok, der Sprecher des Reutlinger Integrationsrates.

Oft war zu hören, dass die Leistungen für Sport und musische Erziehung nur spärlich genutzt werden. „Viele Vereine sind nach wie vor nicht bereit, die Gutscheine anzunehmen“, so Awo-Chefin Gisela Steinhilber. Achim Scherzinger von der Liga der freien Wohlfahrtspflege forderte verlässliche Ansprechpartner und eine zentrale Stelle. Bescheide und Anträge würden oft zum Outing der Bedürftigen führen. Manche Gymnasiasten würden gemobbt, weil sie Hartz IV beziehen. Vieles laufe über die Schulen. „Es steht und fällt mit der Betreuung; es hängt immer am menschlichen Kontakt“, sagte Christiane Stieler, die Schulleiterin der Jos-Weiß-Schule, wo es offenbar gut mit den Bildungs- und Teilhabe-Leistungen klappt. Groß ist der Aufwand für Lernförderung, weil die Schulen den Bedarf bestätigen müssen. Zum Halbjahr sei das oft zu spät, hieß es. Und laut Andreas Bauer ist es „schwierig, Eltern und Kinder dafür zu gewinnen, dass sie die Leistungen in Anspruch nehmen.“ Lernförderung ist laut Reutlingens Verwaltungsbürgermeister Robert Hahn nur bei gefährdeter Versetzung möglich, nicht zur Notenverbesserung, damit Kinder weiterführende Schulen besuchen können, wie Müller-Gemmeke anregte.

Susanne Seidemann machte sich für Kinder mit ungesichertem Aufenthaltsstatus stark: „Sie werden wie Menschen zweiter Klasse behandelt.“ Doch im Kreis Reutlingen bekommen laut Bauer 21 von 23 Kindern von Asylbewerbern das Teilhabe-Paket als Freiwilligkeitsleistung. Seidemann geht es indes auch um Kinder

mit Duldungs-Status. „Dieses Recht umzusetzen, ist nicht Aufgabe der Kommunen“, sah Hahn Bund und Land in der Pflicht.